ZfIR 2022, A 3

BVerfG nimmt Beschwerde in Sachen Einkommensteuer bei Zwangsverwaltung nicht an

Das FG Kassel hat mit Urteil vom 22. 10. 2020 (9 K 1224/19, ZfIR 2020, 79 (m. Anm. Schmidberger, S. 81) die Entrichtungspflicht von Einkommensteuer in der Zwangsverwaltung im Sinne der Rechtsprechung des BFH bestätigt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Rechtsbeschwerde hat der BFH mit Beschluss vom 29. 9. 2021 (IX B 70/20, ZfIR 2022, 298 (LS) – in diesem Heft) fast schon erwartungsgemäß zurückgewiesen. Völlig enttäuschend hat das BVerfG mit Beschluss vom 7. 3. 2022 (1 BvR 279/22) die Verfassungsbeschwerde des Zwangsverwalters nicht zur Entscheidung angenommen. Da von einer Begründung nach § 93d Abs. 1 Satz 3 BVerfGG abgesehen wurde, kann vermutet werden, dass es an der obligatorischen, auch in aussichtslosen Fällen einzulegende, Anhörungsrüge gemangelt hat. (Eingesandt von Gerhard Schmidberger, Heilbronn)